

XXII. GP.-NR

3428 /J

21. Sep. 2005

DRINGLICHE ANFRAGE

der Abgeordneten Van der Bellen, Brosz, Grünewald, Freundinnen und Freunde

an die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft & Kultur

betreffend *Bildungs-Misere*

Begründung

Bedrohliche Anzahl von RisikoschülerInnen und wenige im Spitzenfeld

Wir haben es in Österreich mit einer bedrohlichen Anzahl von sogenannten RisikoschülerInnen zu tun. Die PISA-Studie hat ergeben, dass jedeR Fünfte, also 20% der 15jährigen SchülerInnen derartige Defizite aufweisen, dass sie in ihrer zukünftigen Teilhabe am gesellschaftlichen und beruflichen Leben gefährdet sind. Im PISA-Siegerland Finnland haben beispielsweise nur 6 % der SchülerInnen derartige Schwächen. Es ist eine der zentralen Herausforderungen für die Bildungspolitik, diesen Anteil zu minimieren. Die Bildungsministerin hat bisher kein Bekenntnis dazu gezeigt. Im Gegenteil: im Bildungsbudget sind keine zusätzlichen Mittel für ein effizientes Fördersystem vorgesehen. Bei den FörderlehrerInnen wird weiter gekürzt. Im Jahr 2000 – also vor der schwarz-blau-orangen Koalition - gab es noch 2.000 LehrerInnen für Förderunterricht, heute gibt es nicht einmal mehr 1.000.

Im Übrigen forderte auch die von der Bildungsministerin eingesetzte Zukunftskommission in ihrem Endbericht, die Anzahl der FörderlehrerInnen aufzustocken. Individuelle Förderung könne derzeit in den meisten Fällen durch nur eine Lehrperson in der Klasse nicht geleistet werden. Das von der Regierung beschlossene Schulpaket wird diesen Herausforderungen nicht gerecht. Es wurde lediglich beschlossen, dass die gleiche Anzahl an Förderstunden nun geblockt gehalten werden kann.

Alle Schülerinnen und Schüler müssen gefördert und bestmöglich ausgebildet werden. Dafür muss die private Nachhilfe endlich durch ein effizientes Fördersystem ersetzt werden. Die Begabungen aller SchülerInnen müssen gefördert werden. Mit Schwächen dürfen SchülerInnen und Eltern nicht alleine gelassen werden. Die Zukunft liegt nicht in der privaten Nachhilfe. Wir brauchen ein Schulsystem, das sich auch mit den Schwächsten auseinandersetzt und sie nicht einfach liegen lässt. Es geht hier nicht nur um soziale Gerechtigkeit. Österreich kann es sich nicht leisten, auf ein Potential von 20 % qualifizierter Personen am Arbeitsmarkt zu verzichten.

Österreich schneidet aber nicht nur bei sogenannten RisikoschülerInnen schlecht ab. Auch die Zahl der 15-jährigen, die bei der PISA-Studie die höchste Kompetenzstufe erreicht hat, ist wesentlich geringer als in den führenden Ländern. 8 % in Österreich gegenüber 15 % in Finnland sprechen eine deutliche Sprache. Auch hier macht sich die mangelnde individuelle Förderung von besonderen Begabungen negativ bemerkbar.

Die Grünen fordern daher einen massiven Ausbau bei FörderlehrerInnen, muttersprachlichen LehrerInnen, StützlehrerInnen, IntegrationslehrerInnen, LegasthielehrerInnen und PsychagogInnen zur Unterstützung des Unterrichts.

Das "historische Fenster" der rückläufigen Zahl an SchulanfängerInnen in den nächsten 6 Jahren muss genützt werden. Im Pflichtschulbereich geht es, wenn sich die Schülerprognosen bewahrheiten, zumindest bis zum Schuljahr 2011/2012 nicht um zusätzliche Investitionen, sondern um die Aufrechterhaltung des Budgets. Schon durch einen Verzicht auf Einsparungen könnte die Qualität des österreichischen Pflichtschulsystems drastisch angehoben werden.

Vorbild Finnland

Die Finnen schaffen es am besten, auch die schwächsten SchülerInnen „nach oben zu ziehen“. Das Schulsystem setzt sich auch mit diesen auseinander und schiebt sie nicht ab. Lernprobleme werden sofort gelöst – nicht durch Sitzenbleiben. In allen Gesamtschulklassen sind durchschnittlich knapp über 20 % der SchülerInnen in Teilzeitfördermodellen, weitere 6 % sind der „special need education“, also Sonderpädagogik zugeordnet. In den ersten beiden Schulstufen beträgt der besonders geförderte Anteil mehr als 30 %! Diese Förderungen finden zum Teil als Einzelunterricht statt. Schwerstbehinderten Kindern ist oft eine Betreuungsperson zugewiesen.

Drohende LehrerInnen-Massenarbeitslosigkeit

Schon bei der Beschlussfassung der Budgets für die Jahre 2005 und 2006 haben die Grünen nachdrücklich vor einem weiteren massiven Rückgang bei den Pflichtschullehrerposten gewarnt. Die Befürchtungen werden auch im Schuljahr 2005/2006 bestätigt. Alleine in Niederösterreich werden heuer 126 PflichtschullehrerInnen weniger beschäftigt werden als im letzten Schuljahr. In der Steiermark 184! Österreichweit werden in diesem Schuljahr etwa 600 Dienstposten gekürzt.

Bildungsministerin Gehler setzt ihren Sparkurs unbeirrt fort. Anstatt die Jahre des Schülerrückgangs für eine Qualitätsverbesserung im Schulsystem zu nutzen, werden fleißig LehrerInnenposten abgebaut. Der große Knall wird aber erst in den nächsten Jahren kommen. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern hat der Landesschulrat für Niederösterreich eine Prognose über die Schülerentwicklung in den nächsten Jahr erstellt. Diese Prognose ist dramatisch:

Schuljahr	SchulanfängerInnen	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	Veränderung gegenüber 2005/2006
2005/2006	16310		
2006/2007	15809	- 3,1 %	- 3,1 %
2007/2008	14071	- 11 %	- 13,7 %
2008/2009	13200	- 6,2 %	- 19,1 %
2009/2010	11700	- 11,4 %	- 28,3 %
2010/2011	10200	- 12,8 %	- 37,5 %

Die Prognose geht von 132.500 SchülerInnen in den ersten 9 Schulstufen in Niederösterreich im Jahr 2010/2011 aus. Im Schuljahr 2003/2004 waren es noch 164.500. Wenn diese Prognose eintrifft, werden innerhalb von nur 7 Jahren durch die gültigen Finanzausgleichsregelungen etwa 20 % der LehrerInnenposten für SchülerInnen der ersten 9 Schulstufen gestrichen. Alleine in Niederösterreich würden dadurch bis 2010/2011 fast 3.000 Pflichtschullehrerdienstposten gestrichen. Abgesehen von Wien sind die Prognosen in den Bundesländern ähnlich wie in Niederösterreich, zum Teil - wie etwa in Kärnten - noch dramatischer. Wenn man von gleichbleibenden SchülerInnenzahlen in Wien ausgeht und

die niederösterreichische Prognose auf **Österreich** hochrechnet, errechnet sich **bis 2010/2011 ein Rückgang von 12.500 PflichtschullehrerInnenstellen. Das entspricht der derzeitigen LehrerInnen-Zahl in den steirischen und burgenländischen Pflichtschulen insgesamt.**

Dies wäre ein schwerer Rückschlag für die Schule, die Eltern und die Kinder, die anstatt verstärkter individueller Förderung in der Schule noch mehr dazu gezwungen würden, horrenden Beträge in private Nachhilfe zu stecken. Der LehrerInnen-Rückgang wäre aber nicht nur ein verheerendes Signal für die Bildungspolitik - und damit auch den Wirtschaftsstandort Österreich. Er würde auch die angespannte Situation am Arbeitsmarkt weiter verschärfen. Und das insbesondere bei jüngeren Menschen, da von den Streichungen vor allem JunglehrerInnen betroffen sein würden.

Ausgangsbasis für die dramatische Entwicklung war der im Jahr 2000 von der Regierung gemeinsam mit der SPÖ beschlossene Finanzausgleich.

SchülerInnen und Eltern haben ein Anrecht zu erfahren, ob die Bildungsministerin ohne mit der Wimper zu zucken die drohende LehrerInnen-Massenarbeitslosigkeit zur Kenntnis nehmen will. Die Bildungsministerin ist eine umgehende Erklärung schuldig, ob, wann und mit welchen Maßnahmen die Regierung gegen diese katastrophale Entwicklung vorgehen wird.

Statt der Kürzungen im Lehrerbereich sollte ein umfassendes Förderlehrersystem aufgebaut werden. Die Zahl der PflichtschullehrerInnen darf trotz rückgehender SchülerInnenzahlen nicht gekürzt werden, bis ein Kontingent von 10 % an FörderlehrerInnen erreicht ist.

Bildungsbudget

Die öffentlichen Bildungsausgaben gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) sinken in Österreich weiter. Dies zeigt die am 13. September 2005 präsentierte neue Ausgabe der OECD-Studie "Education at a Glance" (Bildung auf einen Blick). Wurden 1997 noch 6,0 Prozent des BIP für Bildung ausgegeben, waren es 2002 (die Studie des Jahres 2005 erfasst die Entwicklung nur bis zum Jahr 2002) nur mehr 5,4 Prozent. Der Durchschnittswert betrug in den OECD-Staaten sowohl 1997 als auch 2002 5,1 Prozent des BIP. Damit liegt Österreich, das über viele Jahre einen Spitzenplatz bei den Bildungsausgaben innehatte, nur mehr knapp über dem OECD-Schnitt. Berücksichtigt man, dass die massivsten Einsparungen erst nach dem Jahr 2002 stattgefunden haben, ist davon auszugehen, dass Österreich im Jahr 2005 im OECD-Vergleich bereits unterdurchschnittliche Bildungsausgaben aufweist.

In der aktuellen Studie wird die Entwicklung in den Jahren 1995 bis 2002 verglichen. Dabei weist Österreich nach Irland den größten Rückgang bei den Bildungsausgaben aus. Die OECD stellt dazu fest: „Der Anstieg der Ausgaben für Bildungseinrichtungen zwischen 1995 und 2002 blieb tendenziell in ungefähr der Hälfte der 21 OECD-Länder mit verfügbaren Daten hinter dem Wachstum des Volkseinkommens zurück. Die größten Unterschiede waren in Irland, Österreich, der Slowakischen Republik, Spanien und der Tschechischen Republik zu beobachten, wo der für Bildungsausgaben verwendete Anteil des BIP zwischen 1995 und 2002 um mindestens 0,4 Prozentpunkte sank.“ („Bildung auf einen Blick 2005“, Seite 196)

Im Vergleich zu den Gesamtausgaben des Bundes haben sich die Bildungsausgaben von 2000 auf 2006 in wesentlich geringerem Ausmaß erhöht. Insgesamt stiegen die Bildungsausgaben in diesem Zeitraum um 9 %. Das Gesamtbudget hingegen stieg um 14%.

Jahr	Gesamtbudget des Bundes in Mio. Euro	Bildungsbudget des Bundes in Mio. Euro
2000	58,247	7,777
2006	66,161	9,093

Quelle: Budgetbericht 2006: Bericht der Bundesregierung

Die Ausgaben für das Gesamtbudget steigerten sich um 5 % mehr als die für Bildung. In absoluten Zahlen beträgt diese Differenz 350 Mio. Euro. Das macht die Prioritätensetzung der derzeitigen Bundesregierung deutlich. Ein bildungspolitischer Schwerpunkt ist in den Budgetzahlen jedenfalls weit und breit nicht zu finden.

Österreich fehlen Studierende und AkademikerInnen

Die Einführung von Studiengebühren hat einen **Rückgang der Studierendenzahlen** um 20% auf 194.776 Studierende bewirkt. Auch wenn in der Zwischenzeit die Anzahl der StudienanfängerInnen wieder auf das Niveau vor der Einführung der Studiengebühren gestiegen ist, liegt die Gesamtzahl der Studierenden im Jahr 2005 mehr als 10 % unter dem Niveau von 1999. Zur Zeit sind 211.000 Studierende an österreichischen Unis inskribiert. Österreich ist neben Frankreich das einzige Land, in dem es in dem für die OECD-Studie relevanten Erhebungsjahr weniger Studierende gab als 1995. Österreich hatte mit 241.576 Studierenden im Wintersemester 2000/01 bereits vor Einführung der Studiengebühren deutlich weniger Studierende als die meisten EU- und OECD-Staaten.

Faktum ist, dass nicht nur die Anzahl an Studierenden in Österreich, sondern auch die AkademikerInnenquote weit unter dem OECD-Schnitt liegt. In keinem dieser Bereiche hat sich Österreich innerhalb des für die OECD relevanten Untersuchungszeitraumes steigern können. Das ist ein bildungspolitisches Armutszeugnis. Die **AkademikerInnenquote** in Österreich ist mit 15 % im internationalen Vergleich unterdurchschnittlich; der OECD-Durchschnitt beträgt 24 %. In den USA, in Japan, Finnland, Schweden und Australien liegt die AkademikerInnenquote über 30 %, in Kanada sogar bei 44 %.

OECD-Staaten	AkademikerInnenquote in Prozent
Kanada	44
USA	38
Japan	37
Finnland	33
Schweden	33
Dänemark	32
Australien	31
Neuseeland	31
Norwegen	31
Belgien	29
Korea	29
Großbritannien	28
Schweiz	27
Irland	26
Island	26
Spanien	25

Niederlande	24
Deutschland	24
Frankreich	23
OECD-Schnitt	24
Griechenland	18
Luxemburg	15
Mexiko	15
Österreich	15

Quelle: OECD-Kennzahlen 2004

Laut Weltbank ist Österreich nach der Schweiz, Dänemark, Schweden, USA und Deutschland das 7. reichste Land der Welt. Verglichen mit diesem Reichtum ist die AkademikerInnenquote beschämend niedrig - als einziges der sieben reichsten Länder der Welt liegt Österreichs AkademikerInnenquote unter dem OECD-Schnitt. Für die zukünftigen Herausforderungen der Globalisierung – Stichwort: Wissensgesellschaft – ist das eine denkbar schlechte Ausgangslage.

Nachdem sich die Zahl der Studierenden in den letzten 40 Jahren vervierfachte, die Anzahl der HochschullehrerInnen jedoch nur um den Faktor 1,9 stieg, hat sich das **Betreuungsverhältnis** (Studierende/Lehrende) und damit wohl auch die Qualität des Unterrichtes verschlechtert. Laut Statistischem Taschenbuch des Wissenschaftsministeriums kommen in Österreich ca. 20 Studierende auf einen Lehrenden. Damit liegt Österreich in negativem Sinne deutlich über dem OECD-Ländermittel von 15 Studierenden pro Lehrkraft. Darunter liegen etwa Schweden mit 9, Japan mit 11 sowie Finnland und Deutschland mit 12 Studierenden pro Lehrer/in.

Überdurchschnittlich an der Bildungspolitik der Regierung ist lediglich, dass es in Österreich (wie sonst nur noch in Deutschland) eine OECD-weit einzigartige und **überproportional hohe soziale Selektion Studierender** gibt: Der OECD-Bildungskordinator Andreas Schleicher kritisiert denn auch, dass die soziale Zugehörigkeit hierzulande stärker über die Teilhabe an höherer Bildung entscheidet als die individuelle Leistung. Die sogenannte „Kolland-Studie“ des Bildungsministeriums über „Auswirkungen der Einführung von Studiengebühren auf die Studienbeteiligung und das Studierverhalten“ belegt diesen Zusammenhang.

Österreich braucht mehr und nicht weniger Studierende, um den Anschluss an die europäische Spitze zu finden. Die Grünen treten daher für einen Ausbau der Studienplätze von 200.000 auf 300.000 ein. Laut OECD betragen die Ausgaben pro Studierender in Österreich durchschnittlich rund 7.000.- €. Daher würden die Kosten für die mittelfristige Anhebung der Studienplätze um 100.000 etwa 700 Millionen - € jährlich betragen.

Bereits im Juni 2001 hat Ministerin Gehler in Zusammenhang mit der Einführung eines neuen Dienstrechts an den Universitäten die Besetzung von 500 „Vorziehprofessuren“ versprochen. Dieses nach wie vor nicht eingelöste Versprechen harrt dringend einer Umsetzung.

Studienplätze für ÖsterreicherInnen in Gefahr

Die Regierung hat **Zugangsbeschränkungen** an den österreichischen Universitäten eingeführt. Faktum ist, dass nicht nur die AkademikerInnenquote, sondern auch die Hochschulübertrittsquote, also die Zahl der Übertritte von MaturantInnen an die Unis, in Österreich weit unter dem europäischen Schnitt liegen. Dies mit Zugangsbeschränkungen zu beantworten ist kontraproduktiv. Österreich braucht nicht weniger, sondern mehr Studierende, um den Anschluss an die europäische Spitze zu finden. Dazu bedarf es eines klaren politischen Bekenntnisses mit einem entsprechenden Universitäts-Budget.

Die OECD-Kennzahlen belegen, dass die **Hochschulzugangsquote**, also die Übertrittsraten von MaturantInnen in den tertiären Bildungssektor, in Österreich geringer sind als in vergleichbaren Staaten. So hat Österreich eine Hochschulzugangsquote von lediglich 35 %, während im OECD-Ländermittel 53 % eines Maturajahrganges an einer Universität oder FH studieren. In Island, Neuseeland, Schweden, Finnland und Polen sind es sogar über 70 %. Kurz: In der OECD studiert jeder zweite, in Österreich nur jeder Dritte.

OECD-Staaten	Zahl der Übertritte von MaturantInnen an Universitäten in Prozent
Island	83
Neuseeland	81
Schweden	80
Finnland	73
Polen	70
Norwegen	68
Australien	68
USA	63
Italien	54
Dänemark	53
OECD-Schnitt	53
Niederlande	52
Korea	50
Großbritannien	48
Spanien	46
Japan	42
Irland	41
Slowakei	40
Frankreich	39
Schweiz	38
Deutschland	36
Österreich	35
Belgien	34

Quelle: OECD-Kennzahlen 2004

Im OECD-Ländermittel absolvieren 66 % eines Jahrgangs im typischen Abschlussalter die Matura (AHS + BHS). Der betreffende Wert liegt in Österreich lediglich bei 36,4 %. Niedrige MaturantInnenquoten und unterdurchschnittliche Hochschulzugangsquoten verstärken Österreichs schlechte Bildungsposition und legitimieren die Forderung nach höheren Studierendenzahlen.

Maßnahmen zur Erhöhung der AkademikerInnenquote

Das Prinzip des offenen Hochschulzugangs darf nicht in Frage gestellt werden. Es müssen dringend substantielle Gespräche auf europäischer Ebene geführt werden, um langfristig eine gemeinsame Regelung zur Frage der grenzüberschreitenden Studierendenströme, insbesondere ihrer Finanzierung zu erreichen. Die Regierung hat hier viel zu spät und in kaum vorausschauender Form auf das seit langem erwartete und vorhersehbare EUGH-Urteil reagiert. Die nun von Wissenschaftsministerin Gehrler geführten Gespräche haben bislang zu keinen nennenswerten Ergebnissen geführt.

Es gibt keine offiziellen und begründeten Zahlen, wie viel Studierende in einzelnen Studienrichtungen kapazitätsmäßig bewältigt werden können. Eine genaue Prüfung und Bedarfserhebung für die einzelnen Studienrichtungen ist daher dringend erforderlich. Die Forderung nach einer Studienplatzbewirtschaftung, um gewisse Ausbildungsqualitäten zu garantieren, muss diese Verbesserungen sichtbar machen. Erst die Offenlegung aller

Studienplatzkapazitäten ermöglicht eine sachgerechte Diskussion. Mobilitätsfördernde Maßnahmen könnten einen innerösterreichischen Ausgleich zwischen Überbelegung und freien Studienplätzen schaffen.

Durch Studieneingangsphasen sollte den Studierenden eine Orientierungshilfe über die Universität im allgemeinen und ein breiter Überblick über die Studienrichtungen eines Fachbereichs gegeben werden. Nach dieser Eingangsphase soll die Wahl jedes beliebigen Studiums möglich sein und nicht als Studienwechsel zählen. Anrechnungen besuchter Lehrveranstaltungen jeder Richtung sollen in dieser Phase im Sinne der Interdisziplinarität und Orientierung leicht möglich sein.

Die Schnittstelle Schule - Universität soll zu einer Nahtstelle werden: Zur Erleichterung des Übergangs von der Schule zur Universität sollten ab der 7. Klasse verstärkt Informationstage mit Berufs- und Studienberatung sowie „Schnupperwochen“ an tertiären Bildungseinrichtungen angeboten werden.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Die Bildungsausgaben sind in Österreich in den letzten Jahren im Verhältnis zu den Gesamtausgaben des Staates gesunken. Wie lange werden Schulen und Universitäten noch kaputt gespart?
2. In den nächsten Jahren droht eine LehrerInnen-Massenarbeitslosigkeit im Ausmaß von bis zu 12.500 Stellen. Wie viele arbeitslose LehrerInnen nehmen Sie in Kauf?
3. Im PISA-Siegerland Finnland gelten nur 6 Prozent der 15-jährigen als „RisikoschülerInnen“ im Sprachbereich, während es in Österreich 20 Prozent sind. Was werden Sie unternehmen, um diese Differenz von 14 Prozent auszugleichen?
4. Österreich hat eine AkademikerInnenquote, die weit unter dem Durchschnitt der OECD-Länder liegt. Wann werden Sie die Zahl der Studienplätze von 200.000 auf 300.000 anheben, um im internationalen Vergleich aufzuholen?
5. Während in Österreich nur 35 Prozent der SchülerInnen nach der Matura zu studieren beginnen, sind es in Finnland und Schweden über 70 Prozent. Wie soll die niedrige Anzahl von StudienanfängerInnen erhöht werden, wenn Sie gleichzeitig Uni-Zugangsbeschränkungen einführen?

In formeller Hinsicht wird die dringliche Behandlung dieser Anfrage unter Verweis auf § 93 Abs.2 GOG verlangt.